

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen wollen keine Bündnisse mit der extremistischen FDP-Fraktion (Plenarsitzung vom 24.03.2010)

Rüdiger Sagel^{*)} (fraktionslos): Herr Minister Laumann, Sie sollten erst einmal Ihre braune Vergangenheit in diesem Landtag aufarbeiten, bevor Sie solche Reden halten.

(Lebhafter Widerspruch von der CDU)

Es ist wirklich unglaublich, dass über 40 Abgeordnete hier im Landtag gesessen haben, bei denen vom Landtagspräsidium immer noch veröffentlicht wird, dass sie bei der NSDAP waren, dass Sie in einer Partei sind, die diese Vergangenheit nicht aufgearbeitet hat, und dass Sie selber die Blockflötenparteien im Osten problemlos in Ihre Partei integriert haben. Das ist Ihre Politik. – Das an dieser Stelle dazu.

(Zuruf von der CDU: Rüpel!)

Ich komme zum Thema. Da sind wir nämlich bei der FDP, bei den Extremisten von der FDP. Lang ist es her, dass Franz-Josef Strauß über die Liberalen als Linkspartei – man beachte das Wort Linkspartei – hergezogen ist. Das war 1976 zur Zeit der sozialliberalen Koalition.

Die heutige FDP ist vom sozialliberalen Gedankengut meilenweit entfernt. Sie ist marktradikal, extremistisch und damit im Kern als verfassungsfeindlich einzuschätzen.

(Unruhe)

Diese Partei missachtet prinzipiell das Sozialstaatsgebot des Artikel 20 Grundgesetz und verletzt damit jeden Tag im Kern Artikel 1 des Grundgesetzes, der die Würde des Menschen als oberstes Gut durch die Verfassung schützt.

So ist es unter anderem auch durch das Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 09.02.2010 zur Berechnung der Hartz-IV-Regelsätze festgestellt worden, einer massiven und langjährigen Menschenrechtsverletzung in Deutschland, zu deren vorrangigen geistigen Urhebern auch die FDP gehört. Doch selbst vor dieser deutlichen Warnung des höchsten deutschen Verfassungsgerichts hat sich die FDP nicht auf den Boden der Verfassung zurückholen lassen, wie die maßgeblich von ihrem Bundesvorsitzenden, Guido Westerwelle, inszenierte Debatte über angebliche spätrömische Dekadenz der Ärmsten unter den Armen in Deutschland zeigt.

Was Sie völlig vergessen haben, ist: Bei den Spätrömern war es so, dass dies eine Dekadenz der Eliten war. Und genau für diese Dekadenz der Eliten stehen Sie auch hier. Ich nenne als Stichworte nur Mövenpick-Partei, Millionen-Spenden, Senkung der Mehrwertsteuer. Das ist Ihre Politik, Klientelpolitik bis zum Abwinken. Den Leuten steht es bis hier.

In dieser Debatte wurde auch deutlich, dass die FDP weiterhin mit dem Artikel 14 Grundgesetz offensichtlich nicht klarkommt, nämlich: Eigentum verpflichtet. Anders ist es nicht zu erklären, dass die FDP Steuersenkungen für Vermögende und Spitzenverdiener ohne jeden Blick für die Realitäten und verfassungsrechtlichen Gebote verlangt. Wir haben heute schon mehrfach gehört, wie die Situation ist. Sie wollen neue Steuersenkungen noch vor dem Wahltag am 9. Mai, damit Sie Ihre Chancen verbessern. Das ist die Politik, die Sie hier machen – gegen das Land Nordrhein-Westfalen, gegen die Kommunen in Nordrhein-Westfalen.

Sie verlangen, um jeden Preis eine Kopfpauschale einzuführen, bei der jedes Prinzip Bismarck'scher Sozialgesetzgebung ins Gegenteil verkehrt werden soll. Dass breitere Schulte mehr tragen können, gilt schon seit Bismarck. Aber das haben Sie mittlerweile längst vergessen und machen hier einen Manchester-Liberalismus – man könnte auch sagen: Kapitalismus –, für den Sie hier stehen und der wirklich hanebüchen ist.

Ich habe sehr deutlich gemacht, wie verfassungsfeindlich auch die FDP hier ist.

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist nicht akzeptabel! – Weitere Zurufe von der FDP)

Sie haben mehrfach mit Ihrem Innenminister Herrn Wolf vor dem Verfassungsgerichtsgerichtshof verloren.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Sagel!

Rüdiger Sagel* (fraktionslos): Sie haben vor dem Bundesverfassungsgerichtshof eine Klage verloren. Sie haben zweimal vor dem Gerichtshof in Münster Verfassungsklagen verloren. Das ist die Realität der FDP in Nordrhein-Westfalen.

(Fortgesetzt Zurufe)

Sie sind Extremisten. Das hat im Übrigen auch der „Spiegel“ in seiner Ausgabe vom 28.02.2010 festgestellt. Mit dieser Meinung bin ich nicht alleine. Ich bin in guter Gesellschaft. Auch die Redaktion des „Spiegel“ hat dies in Ihrem Artikel so beschrieben.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Abgeordneter **Sagel**, ich möchte Sie in aller Ausdrücklichkeit darauf hinweisen, dass Sie sich hier unparlamentarisch geäußert haben,

(Beifall von CDU und FDP)

indem Sie hier den Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit erhoben haben. Das ist auch ehrenrührig. Ich muss Sie dafür **rügen**.

Als nächster Redner hat nun für die CDU der Abgeordnete Biesenbach das Wort. Bitte schön.